

7. Inanspruchnahme von Leistungen der Gesundheitsförderung und der Gesundheitsversorgung

7.1 Ausgewählte Schwerpunkte

...

7.1.9 Suchtprävention und Aktionsprogramm „Berlin qualmfrei“

Suchtprävention

Suchtprävention stellt - neben Behandlung, Schadensbegrenzung und Repression - einen wesentlichen Grundpfeiler der Drogen- und Suchtpolitik dar.

Ziel der Suchtprävention ist es, den schädlichen Konsum von Suchtmitteln zu verhindern oder zumindest deutlich zu reduzieren, um psychosozialen Problemen und Abhängigkeit vorzubeugen.

Die Berliner Suchtprävention erfolgt auf der Grundlage der Drogenstrategie der Europäischen Union und dem von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Aktionsplan Drogen und Sucht.

Um die Suchtprävention wirksamer zu gestalten, wurde im Arbeitsprogramm des Senats die Umstrukturierung der Suchtprävention in Berlin festgelegt. Kernpunkt der Umstrukturierung ist der Aufbau einer zentralen Fachstelle für Suchtprävention (Eröffnung im Dezember 2005, Mainzer Str. 23, 10247 Berlin, Tel.: 29 35 26 15). Ziel ist es, die *gesamtstädtische Wirkung suchpräventiver Arbeit zu intensivieren*. Bestehende präventive Ressourcen sollen enger vernetzt werden. Insbesondere sollen die Maßnahmen einer frühzeitigen Intervention verstärkt ausgebaut werden.

Eröffnung einer zentralen Fachstelle für Suchtprävention im Dezember 2005

Die Fachstelle für Suchtprävention hält u. a. folgende Angebote vor:

- Eine Informationsstelle, in der Präventionsmaterialien wie Fachliteratur, Informationsbroschüren, methodische Materialien, Filme etc. bereit gestellt werden,
- Fortbildungsangebote, Fachtagungen,
- Unterstützung bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen in allen relevanten Feldern von Suchtprävention; Beratung und Unterstützungsangebote für Multiplikatoren,
- Projektentwicklung und -durchführung.

Die Angebote des *Karuna e.V.* für „Straßenkinder“ und Jugendliche mit sehr riskantem Drogenkonsum sowie des *way&sun e.V.* für Drogenkonsumenten aus der Techno-Szene ergänzen die Arbeit der Fachstelle für diese speziellen Zielgruppen.

Derzeit nimmt das Land Berlin am Bundesmodell „*HaLT - Hart am Limit*“ teil - einem Projekt zur Frühintervention im Rahmen der Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen, um Missbrauch zu vermeiden.

Weiterhin beteiligt sich das Land Berlin am Internetportal zur Suchtprävention „*Prev-Net*“ und am bundesweiten Dokumentationssystem der Suchtprävention „*DotSys*“.

Das erfolgreiche Bundesmodellprojekt *FreD* - Frühintervention für polizeilich erstauffällige Drogenkonsumenten, speziell Cannabis, ist als ein ständiges Angebot der Drogenberatungsstellen in allen Suchthilferegionen implementiert worden. *FreD* wird künftig ein Element des *neu entwickelten Netzwerkes Frühintervention* darstellen.

Aktionsprogramm Berlin qualmfrei

Seit 2004 läuft das dreijährige Aktionsprogramm „Berlin qualmfrei“

Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz führt zur Zeit gemeinsam mit den 12 Berliner Bezirken und mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport sowie vielen anderen Bündnispartnern das dreijährige Aktionsprogramm „Berlin qualmfrei“ durch.

Ziel dieses Aktionsprogramms ist es, das Nichtrauchen als Element einer modernen, gesunden Lebensführung in Berlin zu fördern.

Es werden hierbei bereits bestehende Maßnahmen zur *Tabakprävention* und *Raucherentwöhnung* forciert und durch neue innovative Projekte ergänzt und ausgebaut.

Durch Maßnahmen der Verhaltens- und Verhältnisprävention sollen zunehmend mehr Berlinerinnen und Berliner zu einem Leben ohne Tabakqualm motiviert werden und gleichermaßen die *rauchfreien Bereiche in der Stadt* erweitert werden.

Für die Umsetzung des Aktionsprogramms „Berlin qualmfrei“ wird ein *breiter Konsens aller Akteure* aus unterschiedlichen Fachbereichen, aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft sowie den Verantwortlichen des Gesundheitswesens, der Krankenversicherungen, Sozialpartner, der Nichtraucherinitiativen, freier Träger und der Medien angestrebt.

Durch die Unterstützung der Techniker Krankenkasse, der Berliner Krebsgesellschaft e.V., der HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH und der Betriebskrankenkasse Verkehrsbau Union (BKK VBU) konnte im September 2004 mit der Umsetzung des Programms „Berlin qualmfrei“ begonnen werden.

Es wurden seitdem bereits mehrere Projekte umgesetzt.

Im März 2005 fand als Abschluss des Videowettbewerbes „Berlin qualmfrei“ - an dem sich über 360 Berlinerinnen und Berliner im Alter von 11 bis 60 Jahren beteiligt hatten - eine Auszeichnungsveranstaltung im Berliner Rathaus statt. Die kurzen Spots, die eindrucksvoll die Vorteile des Nichtrauchens vermitteln, werden zielgruppenspezifisch im Rahmen von Weiterbildungen, Raucherentwöhnungsprogrammen und Gesundheitsveranstaltungen eingesetzt. Zwei Monate später wurde das Projekt „Rauchfreie Autos für Kinder“ erfolgreich auf dem Berliner Alexanderplatz gestartet. Mit einer öffentlichen Messung in einem Fahrzeug und anhand eines Flyers wurden die Bevölkerung und die Medien über die hohe Feinstaubpartikelbelastung durch Passivrauchen im Auto informiert und ganz besonders vor den schädlichen Auswirkungen bei Kindern gewarnt. Mit besonderer Unterstützung der Berliner Krebsgesellschaft e.V. und dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg sowie vielen weiteren Partnern, z. B. Plan- und Leitstellen für Gesundheit in den Bezirken, dem Fahrlehrerverband, Tankstellen bzw. Mineralölgesellschaften, Kinderarztpraxen, Kinderläden und Autohäuser bzw. Autowerkstätten konnte der Flyer viele Berlinerinnen und Berliner erreichen. Entsprechend der Nachfrage wird der Flyer inzwischen auch in türkischer Sprache angeboten.

Im Sommer 2005 wurde zum Thema Nichtraucherschutz in der Gastronomie mit einer umfassenden schriftlichen Befragung begonnen. Die vorliegenden Ergebnisse werden derzeit stichprobenartig überprüft und für die Auswertungs- bzw. Auszeichnungsveranstaltung als kleine Publikation aufbereitet. Projektpartner hierbei sind die Industrie- und Handelskammer (IHK), der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) und die Nichtraucherorganisationen Forum rauchfrei und Nichtraucherbund Berlin e.V.

Derzeit wird auch in anderen Bereichen, wie z. B. in den Berliner Krankenhäusern und in der Berliner Verwaltung, auf der Grundlage von Befragungen der aktuelle Sachstand erfasst, anschließend öffentlich dargestellt und gemeinsam mit unterschiedlichen Akteuren daran gearbeitet, eine Erweiterung rauchfreier Zonen in Berlin zu schaffen.

2006 wird mit der Erprobung eines völlig neuen Raucherentwöhnungsprogramms für Jugendliche begonnen. Die Ergebnisse werden mit Hilfe der Charité evaluiert.

Im Rahmen eines Modellversuchs wird 2006 in einem Nachbarschaftsheim im Bezirk Neukölln versucht, kiez- und familiennah die Problematik des Rauchens und Passivrauchens zu thematisieren. Nach erfolgreicher Umsetzung und anhand der dabei erstellten Dokumentation soll dieser völlig neue Tabakpräventionsansatz in anderen Bezirken Anwendung finden.

Die Projekte werden durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit in den Medien (z. B. Plakatkampagne mit jugendlichen Exrauchern unter dem Motto „Rauchen ist out - Freisein ist in“, Aktion „Raucherentwöhnung als Weihnachtsgeschenk“) sowie durch Aktionen auf vielfältigen Veranstaltungen (z. B. WHO Gesundheitskonferenz, Jugendverbraucherschutztag im Kinder-, Jugend- und Familienzentrum FEZ-Berlin) ergänzt. Dadurch stieg der Bekanntheitsgrad des Aktionsprogramms „Berlin qualmfrei“ in den Medien und die positive Resonanz in der Bevölkerung.

Erstmals wird im Mai 2006 unter dem Motto „Berlin qualmfrei- ich bin dabei“ ein mit vielen unterschiedlichen Partnern gemeinsam durchgeführtes Event im Vorfeld des WHO-Weltnichtrauchertages (jedes Jahr am 31.05.) stattfinden. Ziel ist es, das gemeinsame Anliegen für mehr Rauchfreiheit in Berlin klar und eindringlich zu verdeutlichen. Durch vielfältige Aktionen und Veranstaltungen innerhalb einer Woche werden Berlinerinnen und Berliner besonders auf die Probleme des Passivrauchens aufmerksam gemacht und vor allem jugendliche Raucher zum Rauchstopp motiviert. Die Berliner Bevölkerung soll als Mitstreiter für mehr frische Luft in Berlin gewonnen werden.

Weitere Informationen dazu finden Sie unter: www.berlin.de/qualmfrei

7.1.10 Inanspruchnahme der Beratungseinrichtungen für Suchtkranke

Das Spektrum der ambulanten Suchthilfe in Berlin umfasst eine *Vielfalt an Beratungs- und Betreuungsangeboten für Suchtkranke und deren Angehörige*.

Dazu gehören Integrierte Suchtberatungsstellen (Betreuung von Drogen- und Alkoholpatienten), Drogenberatungsstellen einschließlich des 24 Stunden erreichbaren Drogennotdienstes, Beratungsstellen für Alkohol- und Medikamentenabhängige, Angebote für Substituierte (Ambulanzen und psychosoziale Beratungsangebote) sowie eine spezifische Beratungsstelle für Spielsüchtige und für Essgestörte.

Im Jahr 1999 wurde mit der EDV-gestützten kundenbezogenen Statistik auf der Grundlage des *Deutschen Kerndatensatzes der Suchthilfe* begonnen. Seit dem konnten immer mehr Drogen- und Suchthilfeeinrichtungen in die Datenerhebung einbezogen werden.

Steigende Zahl der sich an der seit 1999 bestehenden Suchthilfestatistik beteiligten Einrichtungen

Grundlage für die Suchthilfestatistik 2004 bilden die Daten aus 35 Einrichtungen der ambulanten Suchthilfe in Berlin. Es ist zu beachten, dass die Datenerhebung nicht nur Beratungsangebote für Alkohol-, Drogen- und Spielsüchtige, sondern auch niedrigschwellige Kontaktangebote, die Drogennotfallprophylaxe sowie vielfältige ambulante Hilfen für Substituierte umfasst.

Die Daten beziehen sich ausschließlich auf Beratungs- und Betreuungsfälle, für die mindestens zwei Kontakte und eine Hauptsuchtdiagnose nach ICD-10 vorliegen.

2004 wurden insgesamt *10.793 Klienten und Klientinnen*, bei denen eine Suchtdiagnose vorlag, in den o. g. 35 Einrichtungen betreut.

Eigenen Angaben zufolge nehmen 41 % der betreuten Klienten und Klientinnen die Hilfeangebote *aufgrund von Problemen mit legalen Drogen* in Anspruch; 53 % *aufgrund von Problemen mit illegalen Drogen*.

Der *Erstkonsum* beginnt durchschnittlich im Alter von 15 Jahren mit Cannabis und Alkohol.

Substanzbezogene Störungen betreffen überwiegend die Männer. Der Frauenanteil liegt durchschnittlich bei 25 %.

Überwiegend suchen die Klienten und Klientinnen die ambulanten Einrichtungen *freiwillig* auf. Der höchste Prozentanteil ist bei den Alkoholklienten und -klientinnen (95 %), der niedrigste bei den Kokainklienten (61 %) festzustellen.

Bei den Klienten und Klientinnen mit opiatbezogener Hauptsuchtdiagnose kommen 26 % der Männer und 16 % der Frauen *aufgrund juristischer Auflagen* zum ambulanten Betreuungsangebot. Bei den Klienten und Klientinnen mit einem Alkoholproblem sind es nur 4,5% bzw. 0,9%.

Alkohol- und Opiatklienten und -klientinnen werden, abgesehen von Bezugspersonen und Behörden, häufig durch niedergelassene Ärzte, Psychotherapeuten und Krankenhäuser *vermittelt*.

Angesichts der schwierigen Lebenssituation der Klienten und Klientinnen überrascht es nicht, dass 75 % der Opiatabhängigen *arbeits- bzw. erwerbslos* sind. Nur 7 % von ihnen verfügen über einen Arbeitsplatz.

Bei den Alkoholklienten und -klientinnen haben 43 % einen Arbeitsplatz; 32 % von ihnen sind arbeitslos.

Der höchste *Wohnungslosenanteil* ist unter den Klienten und Klientinnen mit Opiatproblemen festzustellen (7,1 %).

Bis auf den Alkoholklientenbereich (83,2 %) wohnen durchschnittlich die Hälfte aller betreuten Klienten und Klientinnen selbständig.